



Mode aus zweiter Hand – so läuft's in Stuttgart
► Seite 22

STUTTGARTER NACHRICHTEN



Jasmin Kolberg bei unserer Nacht der Lieder
► Seite 17

Nummer 39 · 8. Woche · 70. Jahrgang · 5

Dienstag, 17. Februar 2015

www.stuttgarter-nachrichten.de · € 1,60 · E 4063

Stuttgart und Region

Zehn Jahre Youtube: Junge Leute aus der Region sind Stars im Internet

► Seite 18

Zeitgeschehen

Warum Wahlsieger Scholz nicht Kanzlerkandidat für die SPD wird

► Seite 4

Kultur

Großartig: „Berenike, Königin von Armenien“ an der Staatsoper

► Seite 13

Sport



Foto: Bongarts

Welche Motivationstricks könnte VfB-Trainer Stevens noch nutzen? Ein Überblick

► Seite 23

KINDER-NACHRICHTEN

Hungrig in die Schule? Viele in Afrika können sich kein Frühstück leisten

► Seite 6

Inhalt

Politik	2 – 4
Landesnachrichten	5 – 6
Panorama	7 – 8
Wirtschaft	9 – 12
Kultur	13 – 14
Stuttgart und Region	15 – 20/22
Familienseite	19/21
Impressum	20
Sport	23 – 25
Gewinnquoten	25
Veranstaltungen	26 – 27
Notdienste	26
Fernsehprogramm	27
Wissenswert	28

Wetter



Mittags 6°
Nachts –2°

Nach Auflösung von Nebelfeldern wolkig
► Seite 18

Kontakt

Redaktion: 07 11 / 72 05 - 0
Leserservice (Abo): 07 11 / 72 05 - 61 61



Mythos Borgward



Wer mit einem Borgward wie diesem Hansa 1500 auf einem Oldtimer-Treffen auftaucht, dem sind bewundernde Blicke sicher. Jetzt soll die Marke des Wirtschaftswunders wieder

deraufstehen. Christian Borgward, der Enkel des Firmengründers, kündigte einen Auftritt auf dem Genfer Automobilsalon an, der Anfang März beginnt. „Der Relaunch von Borg-

ward ist ein Kindheitstraum, der nun Realität wird“, sagte er. Firmensitz des neuen Unternehmens könnte Stuttgart sein. Foto: dpa
► Seite 3

Grippewelle bringt Krankenhäuser an ihre Grenzen

Aktueller Impfstoff bietet nur eingeschränkten Schutz

VON CAROLIN STIHLER
UND REGINE WARTH

STUTTGART. Die aktuelle Grippewelle belastet Hausärzte und Kliniken in Stuttgart stark. Im Land ist die Zahl der Infektionen seit Jahresbeginn auf 3686 Fälle gestiegen. „Wir behandeln alle Patienten, die in unsere Notaufnahme kommen“, sagt Jürgen Graf, Klinischer Direktor des Klinikums Stuttgart. Aber man stoße an Kapazitätsgrenzen, da es beim Personal ebenfalls viele Krankheitsfälle gibt. Auch die Hausarztpraxen sind überlaufen: „Die Patienten erkranken massenhaft“, sagt Markus Klett, Vorsitzender der Ärzteschaft Stuttgart. In Zeiten mit vielen Erkrankten sei der Hausarztmangel in Stuttgart bereits spürbar. Obwohl der aktuelle Grippe-Impfstoff nur eingeschränkten Schutz bietet, empfiehlt das Robert-Koch-Institut vor allem Senioren und chronisch Kranken die Immunisierung.

► Stuttgart und Region Seite 16
► Wissenswert Seite 28

Politik erwägt Verbot von Strafzinsen

Das Thema Verbraucherzentrale will notfalls juristische Mittel prüfen

Finanzexperten warnen, dass wegen der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) Negativzinsen auch für Kleinanleger kommen könnten. Nun schreitet die Politik ein.

VON ANNE GUHLICH

STUTTGART/BERLIN. David Kohl, Chefvolkswirt der Privatbank Julius Bär, rechnet damit, dass die Politik Negativzinsen bei Privatanlegern verhindern wird: „So könnten negative Zinsen bis zu einem bestimmten Betrag – beispielsweise 500 000 Euro – einfach verboten werden“, sagte Kohl unserer Zeitung. Davon abgesehen hält er Strafzin-

sen für durchaus berechtigt: „Für die Bar einlagen, die uns die Kunden geben und die wir bei der Bundesbank lagern, zahlen wir ja auch negative Zinsen.“

Lothar Binding, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, will Strafzinsen für Kleinanleger mit allen Mitteln verhindern: „Es sollten alle politischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Strafzinsen für den kleinen Mann und die kleine Frau zu verhindern“, sagte er. „Die Bankmanager waren jetzt jahrzehntelang Schönwettermanager, und nun müssen sie einmal zeigen, was sie können, wenn es etwas schwieriger läuft.“

Bislang zögen nur wenige Banken Strafzinsen für Konzerne und für hohe Summen in Betracht, so Antje Tillmann, finanzpoliti-

sche Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Wir werden dies aber sehr genau beobachten und notfalls prüfen, wie wir den Sparer schützen können“, warnte sie.

„Strafzinsen gehören verboten“, sagte Bernd Riexinger, Chef der Partei Die Linke, unserer Zeitung. „Sie treffen den kleinen Sparer, da die Reichen ihre Millionen eher selten auf dem Konto parken.“

Die baden-württembergische Verbraucherzentrale will notfalls juristisch gegen den Strafzins vorgehen. „Wir werden im Ernstfall prüfen, inwiefern wir über das Verbandsklageverfahren juristisch gegen Negativzinsen bei Privatanlegern vorgehen“, sagte Finanzexperte Niels Nauhauser.

► Kommentar
► Wirtschaft Seite 9

Du sollst nicht sitzen

Das Problem mit den immer leerer werdenden Kirchenbänken will die Evangelische Christus-Kirchengemeinde in Düsseldorf dadurch lösen, dass sie die Bänke entfernt. Unter dem Motto „7 Wochen ohne Kirchenbänke“ räumt die Gemeinde an diesem Dienstag ihre Kirche. Ein ungewohnter Vorgang, jede Bank dürfte sich etwas überfallen fühlen. Die Gläubigen sollen sich die Kirche „neu erschließen“, begründet Pfarrer Lars Schütt die Aktion. Kirchenbänke würden den Raum doch auch eng machen und einen festlegen. Gott sei Bank will Schütt den Gläubigen bis Ostern keine Standpauken halten. Er hofft vielmehr – dank vieler interessanter Veranstaltungen – auf stehenden Applaus. Geplant ist unter anderem, „Reise nach Jerusalem“ zu spielen. (rai)



Euro-Länder setzen Griechenland Frist bis Freitag

Athen lässt Gespräche mit Geldgebern in Brüssel platzen

ATHEN/BRÜSSEL (rtr/dpa). Die Euro-Länder haben Griechenland im Schuldenstreit ein Ultimatum gestellt. Der Vorsitzende der Euro-Finanzminister, Jeroen Dijsselbloem, forderte die Regierung in Athen dazu auf, bis Freitag eine Verlängerung des laufenden Hilfsprogramms zu beantragen. Dijsselbloem betonte nach rund dreistündigen Beratungen in der Eurogruppe, „dies würde uns erlauben, an künftigen Lösungen zu arbeiten“. Zuvor hatte es erneut keine Einigung der Euro-Staaten mit Griechenland in der Frage gegeben, wie sich die Finanzierungsprobleme des Landes überbrücken lassen. Ein Vertreter der Regierung in Athen erklärte, der vorgelegte Entwurf für eine Verlängerung des Hilfsprogramms sei inakzeptabel.

In dem Entwurf hieß es, dass Griechenland eine „technische Verlängerung“ des aktuellen Hilfsprogramms um sechs Monate beantragen soll.

Der griechische Finanzminister Gianis Varoufakis lehnte am späten Abend das Ultimatum der Eurogruppe sowie eine Verlängerung des Hilfsprogramms für sein Land ab. „Wir wollen einen neuen Vertrag“, sagte Varoufakis. Das alte Programm sei die Ursache und nicht die Lösung für die Probleme Griechenlands. Varoufakis sagte, er gehe davon aus, dass es darüber in den kommenden 48 Stunden weitere Verhandlungen auf europäischer Ebene geben könne. Was er genau damit meint, sagte er nicht.

► Wirtschaft Seite 10

Kommentar

Spar-Strafe

Anleger sind die Verlierer der Rettungspolitik für den Euro

VON KLAUS KÖSTER

Jahrzehntlang galt in der Wirtschaft das eherne Prinzip, dass derjenige, der etwas anspart, dafür belohnt wird. Denn er ermöglicht Firmen, zu investieren und so neue Einnahmequellen und Arbeitsplätze zu schaffen. Doch seit die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen auf ein immer neues Tiefstniveau drückt, gilt diese Rechnung nicht mehr. Wer spart, verliert.

Nicht einmal die Null-Prozent-Marke stellt noch eine Untergrenze für die Zinsen dar. Stattdessen ist der Strafzins, einst undenkbar, heute Realität – wenn auch nur für Großkunden einiger Banken und nicht zuletzt für die Banken selbst, wenn sie Geld bei der EZB deponieren wollen. Kein Wunder, dass in der Politik nun sogar darüber nachgedacht wird, den Kleinsparer davor zu schützen, dass der Negativzins auch ihn direkt betrifft.

Allerdings darf man davon nicht allzu viel erwarten, denn die Negativzinsen sind weniger eine neue Form der Kundenabzocke als eine Reaktion darauf, dass Banken mit dem Geld ihrer Kunden nichts mehr anfangen können, weil Geld von den Euro-Retttern verschleudert wird. Um überschuldete Staaten herauszuholen, fluten sie die Märkte. Schon von sich aus dürften Banken darauf verzichten, Strafzinsen zu erheben, weil ihnen dadurch ein Ansturm von Kunden drohen würde, die ihr Geld zurückwollen. Lieber drehen sie an der Gebührenschraube.

Wer die Sparer wirklich schonen will, muss zu einer Geldpolitik zurückkehren, die die einseitige Bevorzugung der Gläubiger beendet und die nicht länger versucht, die Überschuldung mit immer höheren Schulden zu bekämpfen. Doch die jüngste Billionen-Geldbombe der EZB hat auch dem Letzten gezeigt, dass wir davon noch weit entfernt sind.

k.koester@stn.zgs.de

Stuttgarter Narren im Schatten des Terrors

Faschingsumzug bleibt ohne größere Sicherheitsvorkehrungen der Polizei – Irritationen um Abgesandte der US Army

VON WOLF-DIETER OBST

STUTTGART. Terrorangst im Faschingstreiben? Einen kleinen Hauch davon hat es vor dem Stuttgarter Faschingsumzug gegeben, der am heutigen Dienstag mit 2000 Teilnehmern vorbei an Zehntausenden Besuchern durch die Innenstadt rollt.

Die Macher des Umzugs hatten zuvor die Nachricht erhalten, dass Vertreter der US Army diesmal nicht in der Kutsche des Stadtoberhauptes mitfahren würden – „aus

Sicherheitsgründen“, wie Bruno Hospes, der Organisator und Vizepräsident der Gesellschaft Möbelwagen, erklärte. Oberbürgermeister Fritz Kuhn würde demnach erstmals nicht, wie in den Jahren zuvor, in amerikanischem Begleitschutz mit Kamellen werfen. Safety first? Stuttgart ist der Sitz der Europäischen und der Afrikanischen Kommandozone der US-Streitkräfte.

Im Laufe des Montagmorgens änderte sich die Nachricht. Die US Army werde im Faschingstreiben vertreten sein, erfuh-

den städtische Protokoll – wenn auch nicht mit ganz so hochrangigen Offizieren wie von den Stuttgarter Fasnetsverantwortlichen gedacht. Allerdings wird OB Kuhn in der Kutsche fehlen – nicht wegen der Sicherheit, sondern als Opfer der Grippewelle.

Nach Angaben der Stuttgarter Polizei gibt es keinen Grund, eine ähnliche Sicherheitsdebatte wie in Braunschweig zu führen, wo der Karnevalsprozess abgesagt wurde. „Im Gegensatz zu Braunschweig gibt es bei uns keine konkreten Hinweise auf einen möglichen terroristischen Anschlag“, erklärte ein

Polizeisprecher am Montag. Andere Umzüge, wie in Rottweil oder Neuhausen auf den Fildern, seien ohne Zwischenfälle abgelaufen. „Für uns“, so der Stuttgarter Polizeisprecher, „ist das ein ganz normaler Verkehrseinsatz ohne zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen.“

Der Stuttgarter Umzug beginnt an diesem Dienstag um 14 Uhr. Es wird mit Verkehrshinderungen in der City gerechnet.
► Stuttgart und Region Seite 15